

Annäherung zwischen GAP und OGBL

Beobachtern der politischen Szene war schon Anfang Juli aufgefallen, daß GAP und OGBL gemeinsam zu einer Konferenz des deutschen Medienexperten Prof. Dr. Hans J. Kleinsteuber über die Chancen freier Radios eingeladen hatten. Vorher hatten beide Organisationen eher im Clinch miteinander gelegen, weil die Grünen der Gewerkschaft vorwarfen, zu willfährig im Fahrwasser der LSAP zu segeln und die Interessen ihrer bei der GAP organisierten Militanten zu vernachlässigen. Seit der OGBL aber für den 9. Oktober 1990 einen Generalstreik angekündigt hat, zu dessen Schwerpunkten auch die Verbesserung der Lebensqualität und nicht zuletzt der Gesundheit am Arbeitsplatz gehören soll, scheint es zu einer Entspannung zwischen beiden Organisationen gekommen zu sein.

Am deutlichsten kam dies in einem Gespräch zum Ausdruck, das auf Initiative des "GrängeSpoun" zwischen dem GAP-Abgeordneten Fränz Bausch und dem OGBL-Präsidenten John Castegnaro stattfand und im "GrängeSpoun" Nr. 42/20.7.1990 ausführlich dokumentiert wurde. Wenn das gewerkschaftseigene "tageblatt" auch noch nicht auf den neuen Kurs eingeschwenkt ist - besagte Konferenz z.B. wurde nur minimal angekündigt und ein Beitrag von Kleinsteuber über Gewerkschaften und freie Radios bis dato nicht veröffentlicht -, so deutet diese Entwicklung doch beim OGBL einen wichtigen Bewußtseinswandel an, insofern erstmals ökologische Überlegungen beim Arbeitsschutz mitberücksichtigt werden sollen. Gerade in der Minettmetropole

hat die ARBED mit ihren umweltgefährdenden Schadstoffemissionen in letzter Zeit verstärkt für Aufregung gesorgt und auch die Gewerkschaft, die bislang eher den Erhalt der Arbeitsplätze über die Lebensqualität zu stellen schien, scheint erkannt zu haben, daß solche Schadstoffbelastungen nicht nur das Gemüse im Garten, sondern auch den ARBED-Arbeiter an seinem Arbeitsplatz selbst in Gefahr bringen. OGBL und "Mouvement écologique" haben denn auch schon gemeinsame Aktionen gegenüber der ARBED-Verwaltung angekündigt. Angesichts dieser Annäherung zwischen Grünen und OGBL im Vorfeld des Aktionstages vom 9. Oktober, mit dem die Gewerkschaft auch die LSAP überrascht hat, ist denn auch die zweimalige Weigerung der CSV-LSAP-Regierung, eine Interpellation des GAP-Abgeordneten Jean Huss über die Staubplage bei der ARBED anzunehmen als Zeichen zunehmender Argumentationsschwäche zu werten. Die steigende Nervosität trieb aber Wirtschaftsminister R. Goebbels (LSAP) auf den Gipfel, als er im Juli die Grünen gleich zweimal als Terroristen beschimpfte, weil sie u. a. einer lokalen Bürgerinitiative in Bürmeringen Schützenhilfe leisten, die sich gegen eine Flugpiste für eine winzige Minderheit gutbetuchter Freizeitflieger zur Wehr setzen.

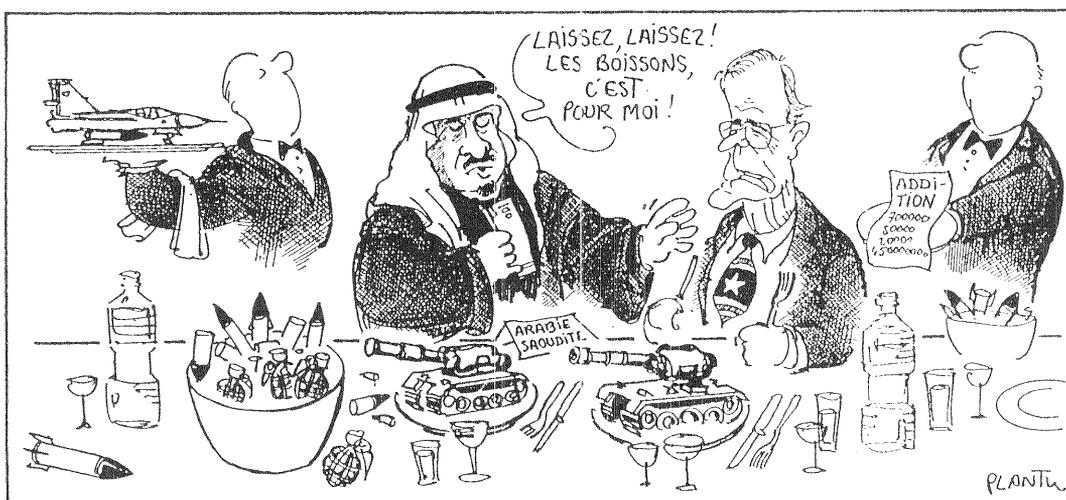
Wenn das Spitzengespräch zwischen Castegnaro und Bausch an der Basis Schule macht, könnte die politische Landschaft in Luxemburg nach dem 9. Oktober in der Tat etwas anders aussehen als gewohnt.

m.p.

Außenminister Poos und die Dritte Welt

Die ASTM veröffentlichte in ihrer Zeitschrift "brennpunkt drett welt" Nr. 98/Juli 1990 ein Interview mit Außenminister Jacques F. Poos, in dem dieser seine Unkenntnis der Dritte-Welt-Problematik unter Beweis stellt. Während seit Jahren Entwicklungsfachleute nicht müde werden, den Staaten der Dritten Welt eine Loskoppelung vom Weltmarkt zu empfehlen, um sich auf die Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung zu konzentrieren, meint J. F. Poos: "A mon avis, la première mesure - la plus importante à moyen terme - c'est l'insertion de ces pays dans le commerce international. Il faut qu'ils arrivent à un degré de développement suffisant pour exporter des biens agricoles ainsi que des biens manufacturés et semi-manufacturés pour se procurer des devises. (...) Je parle surtout d'investissements industriels qui procurent des emplois, qui procurent des devises étrangères convertibles et qui permettent au Brésil de rembourser ses dettes." Deswegen sei denn auch die ARBED-Beteiligung an der brasilianischen Belgo-Mineira nur zu begrüßen.

Der Außenminister scheint noch nie von ungleichem Tausch, ungerechten Weltmarktpreisen und fallenden Exportpreisen gehört zu haben. Es ist doch gerade ihre Abhängigkeit vom Export agrarischer und mineralischer Rohstoffe, die an ihrer Misere schuld ist und u.a. auch die Verschuldung in astronomische Höhen hat steigen lassen. Poos weiß auch offensichtlich nicht, daß die am höchsten verschuldeten Länder gerade jene sind, die die stärkste Industrialisierung durch aus-



Plantu

„Sofort alle Kinder aus dem Gebiet evakuieren“

Irina Gruschewaja, Germanistik-Dozentin in Minsk und Mitbegründerin des Bürgerkomitees „Die Kinder von Tschernobyl“

taz: Einige Westberliner Gasteltern haben in der letzten Woche darüber diskutiert, die Kinder gar nicht mehr in ihr verstrahltes Zuhause zurückzuschicken. Kennen Sie den Hintergrund?

Irina Gruschewaja: Mit den Eltern habe ich nicht direkt über diese Frage gesprochen. Aber ich kann ihre Bedenken nachempfinden und weiß, daß sie die Gefahr, die bei uns herrscht, ganz richtig einschätzen und verstehen. Ich habe den Eindruck, daß man die tödliche Gefahr der Radioaktivität hier viel besser begreift als bei uns. Die akute Bedrohung spüren wir nicht unmittelbar. Wenn Bomben einschlagen, dann weiß gleich jeder Bescheid: Die Menschen laufen weg und versuchen sich zu retten. Unsere Radioaktivität ist genauso gefährlich. Im Westen gibt es darüber einfach mehr Informationen.

In der Tat war der Auslöser für Überlegungen, die Kinder aus Tschernobyl hier zu behalten, die neue Nachricht, daß der Betonmantel nicht mehr dichthält. Ist das bei Ihnen bekannt?

Ich selber bin ja seit einiger Zeit von zu Hause weg. Aber mein Mann ist am Montag vor einer Woche in Minsk angekommen und brachte diese Nachricht schon aus dem Westen mit. Ich habe mit ihm telefoniert und er wunderte sich, daß er in unseren Medien nichts darüber gefunden hat. Dabei war es doch die internationale Energiebehörde — die wir eher an der Seite der Atomlobby streiten sehen —, die diese Ergebnisse ermittelt hat. Wenn die schon so etwas bekanntgeben, dann muß die Lage wirklich sehr ernst sein. Mein Mann ist Abgeordneter im belarussischen Obersten Sowjet. Er hat einen Artikel über die neue Untersuchung übersetzen lassen und wollte den im Obersten Sowjet vortragen, um damit gegen die Politik des Verschweigens der Gefahr zu protestieren.

Zurück zu den Überlegungen, die Kinder nicht in diese noch drastischere Gefahrensituation zurückzuschicken. Was halten Sie davon?

Erst einmal möchte ich den Gasteltern für ihre Fürsorge danken. Es war ja auch gar nicht so leicht, die Kinder so lange in Deutschland zu behalten. Es gab Sprachschwierigkeiten, vieles war für die Kinder, aber auch für die Gastgeber ungewohnt. Und trotzdem wollten sie die Kinder länger dort behalten! Dafür bin ich dankbar. Aber ich kann das natürlich nicht akzeptieren, einfach die Kinder nicht nach Hause zu schicken. Bei uns gäbe es dafür auch kein Verständnis. Wie lange sollte diese Gastrolle dauern? Und die Kinder hätten sicher Heimweh.

Was wäre denn die bessere Lösung?

Die beste Lösung wäre, daß unsere Regierung jetzt den Beschluß faßt, erst einmal alle Kinder sofort aus diesem gefährlichen Gebiet zu evakuieren. Auch bei uns in der Sowjetunion gibt es sicher sehr viele Leute, die die Kinder gerne aufnehmen würden. Aber auf die Dauer ist auch das keine Lösung des Problems. Man muß dringend die ganzen Familien, die in der Zone leben, umsiedeln. Es gibt doch Platz genug. Die nördlichen Gebiete bei uns in Belorussland selbst sind sehr dünn besiedelt. Man muß nur endlich anfangen mit einer solchen Politik. Bisher ist die Hilfspolitik bei uns einfach völlig falsch darauf ausgerichtet, die Menschen in den strahlenverseuchten Gebieten zu lassen, Erschwerenszulagen zu bezahlen, neue Wohnungen zu bauen und dergleichen. Wir sind der Meinung, die Folgen der Katastrophe kann man nicht beseitigen, deswegen ist eine Politik, die die Menschen am Ort hält, lebensgefährdend. Mit dem Geld, Milliarden Rubel, das für die Linderung der Lage in der Zone ausgegeben wird, sollte besser ein großes Umsiedlungsprogramm finanziert werden. Wir sind gegen die Unterstützung einer Illusion der Sorglosigkeit. Innerster Linie leiden daran die Kinder, die ja auf jeden Fall keine eigene Entscheidung über Bleiben oder Weggehen treffen können.

Warum haben Sie aber dann trotzdem viel Energie in das Ferien-Verschickungs-Programm für die Kinder gesteckt?

Unser Komitee „Die Kinder von Tschernobyl“ hat zusammen mit der Belarussischen Volksfront sehr erfolgreich gearbeitet. Es ist uns gelungen, fast 5.000 Kinder zur Erholung ins Ausland zu schicken. Um die Bedeutung zu verstehen, muß man vergleichen: Die Regierung hat 2.000 Kinder verschickt. Nicht zuletzt deshalb, weil wir mit unserer Aktion den Anfang gemacht haben. Unser Komitee hat keinen legalen Status. Wir haben kein Geld und keine Angestellten. Was meinen Sie, wie schwer das ist, allein die Visa für die Kinder zu beschaffen und die Reisen zu organisieren. Wenn jetzt die Kinder nicht rechtzeitig zurückkämen, würde das in unseren Massenmedien sicher zu einer Kampagne gegen unser Projekt führen. Es würde wieder heißen, wir — oder auch die besorgten Gasteltern — wären nichts als Panikmacher. Unsere Überlegung ist aber die: die Kinder werden zurückkommen und die besten Botschafter dafür sein, daß sich etwas ändern kann, daß es Menschen gibt, die unsere Sorgen teilen. Im Juni, als wir mit unserer Verschickungsaktion angingen, wurden noch Eltern angerufen, denen richtige Horrorgeschichten erzählt wurden: Unsere Gruppe sei ein ganz obskurer Verein, die Kinder würden als Versuchskaninchen mißbraucht. Und jetzt werden an die 5.000 Kinder zurückkommen und ganz etwas anderes beweisen. Wir haben keine Presse, die uns direkt unterstützt. Die Kinder werden für uns sprechen. Und dann hoffen wir auch auf internationale Hilfe, vor allem von der Presse.

Interview: Georgia Tornow

Morgen: taz-Interview über die Situation in der verstrahlten Zone mit zwei Mitgliedern des Komitees „Die Kinder von Tschernobyl“.

TAZ, 28.8.90

ländische Konzerne aufzuweisen haben (Brasilien, Argentinien, Mexiko). In der Tat belasten solche Konzerne die Zahlungsbilanz dieser Länder gleich mehrfach: ihre Gewinnabzüge - häufig als konzerninterne Verkäufe zu Niedrigstpreisen versteckt - sind größer als die Investitionen, sie lösen zusätzliche Importe aus, sie implizieren die Zahlung von Patent- und Lizenzgebühren, sie nehmen eigene Kredite im Ausland auf. Von einer sozialen Umverteilung der geringen im Land selbst belassenen Gewinne kann keine Rede sein und die Kluft zwischen arm und reich in Ländern wie Brasilien vergrößert sich zusehends, so daß neue Unruhen und repressive Maßnahmen als logische Folgen anzusehen sind. Der Einsatz des luxemburgischen Außenministers für die Menschenrechte ist also letztendlich zum Scheitern verurteilt, wenn keine wirtschaftliche Entwicklung initiiert wird, die das

gesamte Volk an deren Früchten teilnehmen läßt. Daran ist aber bei einer auf den Weltmarkt hin orientierten Produktion, wie Poos sie vorschlägt, nicht zu denken.

In Sachen Belgo-Mineira lobt Poos im zitierten Interview deren massiven Einsatz von Holzkohle, indem er behauptet, die werde aus schnell wachsenden Eukalyptusbäumen und nicht aus Tropenholz hergestellt. Er hat offenbar die Lektion der Werksdirektoren sehr gut gelernt. Auf welchen Grundstücken diese Eukalyptusbäume angepflanzt werden, wie die Belgo-Mineira in deren Besitz gekommen ist, wieviel Hektar Tropenwald deswegen weichen mußten, hat er vergessen nachzufragen. Auch um sich über die sozialen Verhältnisse bei der Belgo-Mineira zu informieren, hatte er, so wörtlich, "keine Zeit". Dabei hätten ihm 50 Minuten genügt, um sich den luxemburgischen Video-Film der Billerfabrik "1000 Hektar

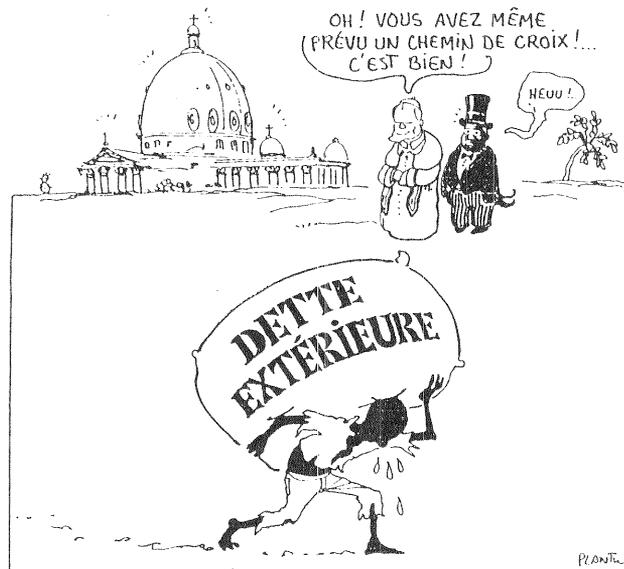
Land für 1 Liter Schnaps" anzuschauen, der die Ausbeutung der Bauern, der Arbeiter und der Natur durch die ARBED-Tochtergesellschaft auf für jeden verständliche Art und Weise entlarvt (vgl. "forum" Nr. 86/1986; der Film ist entleihbar im Info-Video-Center und im CITIM).

m.p.

Stadt Luxemburg begeht archäologische Sünden

Wie seit einigen Jahren üblich organisierte die Stadt Luxemburg auch in diesem Sommer eine Ausstellung zum Thema "La ville de Luxembourg et son passé récent" in der Eingangshalle des Stadthauses, die diesmal der Großgasse gewidmet war. Die alte Stadt soll aber wohl nur photographisch erhalten werden. Das zeigt nicht nur die vor Jahresfrist erlaubte, gräßliche Umgestaltung der Fassade des Hauses "Rififi" am Roten

Jean-Paul II à Yamoussoukro



Plantu

Brunnen. Zwei Schritte weiter - in der "Schickrisgaass" (rue du Nord) - muß man heute mitansehen, wie einmal mehr der Preßlufthammer alte Keller zerstört und nicht die geringste Anstrengung unternommen wird, um bei dieser Gelegenheit die hier zu vermutenden Überreste der zweiten Ringmauer zu untersuchen, von den alten Patrizierhäusern selbst ganz zu schweigen. Im Beiheft zu obiger Ausstellung ist klar und deutlich der vermutete Verlauf der Ringmauer durch die heute im Umbau befindlichen Häuser zu erkennen. Alle Proteste von seiten ausgewiesener Fachleute, die schon in der Vergangenheit solche verpaßte Gelegenheiten anprangerten (etwa beim Umbau der Häuser desselben Blocks "Im Dierfgen" in der Großgasse oder beim Umbau der "Maison de Raville" oder bei den Arbeiten im "Îlot Clairefontaine"), haben bis heute nichts gefruchtet. Die Forderung nach Einstellung eines Stadtarchäologen stößt auf taube Ohren. In einigen Fällen konnte das Staatsmuseum mit Verspätung noch einige Untersuchungen anstellen, doch die zweite Ringmauer konnte bislang immer noch nicht datiert werden. Die Stadt hat bis heute zum ersten Mal den archäologischen Grabungsdienst über bevorstehende Arbeiten in einem sensiblen Sektor zu benachrichtigen. Im Pfaffenthal, wo in diesem Frühjahr das Staatsmuseum Ausschachtungsarbeiten auf gemeindeeigenem Terrain stoppen lassen mußte und bei der Notgrabung hochinteressante Erkenntnisse über die Frühgeschichte der Stadt

und die Bedeutung des Lederhandwerks in diesem Stadtviertel gewann, erdreistete sich die Stadtbürgermeisterin sogar, dem Museum eine Rechnung wegen verlorener Arbeitszeit zu schicken. Es steht zu hoffen, daß der Staat im Gegenzug eine Rechnung für geleistete archäologische und historische Forschungsarbeit erstellen wird. m.p.

ai-Jahresbericht 1990

Ein Zeichen der Zeit? Mit 60 Seiten weniger als im Vorjahr und etwas früher als gewohnt erschien im August 1990 als Fischer-Taschenbuch 10346 der Jahresbericht von "amnesty international" (ai) für das Berichtsjahr 1989. Im Vorwort geht ai vor allem auf die zunehmenden Nationalitätenkonflikte ein, die immer häufiger Anlaß sind von Verhaftungen, Folterungen, Morden, obschon die Forderung nach kultureller und politischer Autonomie wie jede Meinungsäußerung zu den verbrieften Menschenrechten gehört. Erwähnt werden die Konflikte in Somalia, Äthiopien, Sudan, Sri Lanka, Myanmar (früher Birma), Osttimor, Nordirland, UdSSR, Jugoslawien, Tibet, Burundi, Mauretania, bei den Kurden, u.a.m. Da an dieser Stelle keine umfassende "Würdigung" des Jahresberichts möglich ist, sei nur darauf hingewiesen, daß diesmal mit je 8 Seiten China, Guatemala und Sri Lanka die längsten Notizen gewidmet sind, gefolgt von Indonesien, Südafrika und der UdSSR. Das letztgenannte Beispiel

zeigt, daß bei aller Anerkennung der Reformen auch 1989 in der Sowjetunion noch Menschen, die von ihrem Recht auf Meinungsfreiheit in friedlicher Weise Gebrauch machten, willkürlich verhaftet und Demonstrationen gewaltsam aufgelöst wurden; es wurden auch noch Todesstrafen verhängt. In Frankreich gibt es weiterhin mehrere hundert Personen, die wegen Kriegsdienstverweigerung in Haft sitzen, und in der Bundesrepublik kritisiert ai einmal mehr die Isolationshaft von "auf der Grundlage von Antiterrorismusetzen inhaftierten Personen". Der Jahresbericht 1990 ist zum Preis von 280 Franken erhältlich bei ai-Luxemburg, B.P. 1918, Luxemburg.

In seinem Jahresbericht 1989-90 drückt der Verwaltungsrat von ai-Luxemburg seine Enttäuschung über die neue Regierung aus, die im Gegensatz zur vorigen nicht mehr die ai-Sektion über Besuche luxemburgischer Minister im Ausland bzw. ausländischer Minister in Luxemburg informiert. In der Vergangenheit hatte diese Praxis ai-Luxemburg erlaubt, die Regierung auf Menschenrechtsverletzungen in den betroffenen Staaten aufmerksam zu machen und um entsprechende Interventionen bei ihren Gästen bzw. Gastgebern zu bitten.

m.p.

Pays en voie de pauvreté

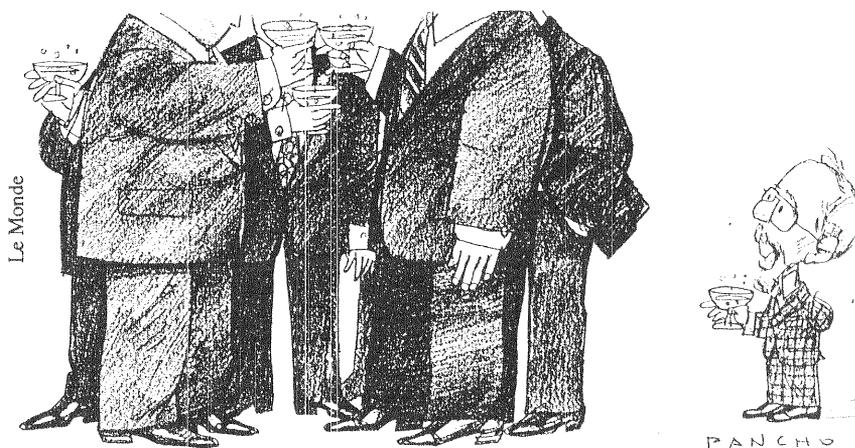
Selon les critères de l'ONU les pays les moins avancés (PMA) sont ceux dont le produit national brut (PNB) par tête est inférieur à 450 dollars, dont moins de 10% du PNB provient du secteur industriel et qui connaissent un taux d'alphabétisation inférieur à 80% de la population adulte (15 ans). De 24 dans les années '70 leur nombre est passé à 41 en 1990 (après fusion des deux Yémen). Après la conférence de 1981 consacrée à leur sort, la Conférence des Nations Unies sur le commerce et le développement (CNUCED), qui en réunit en septembre 1990 à Paris une deuxième, doit donc tirer un bilan négatif de la dernière décennie: La croissance annuelle de leur PNB a été plus faible (2,2%) au cours des années '80 que durant la décennie précédente, seuls cinq pays faisant exception (Boutan, Botswana, Cap-Vert, Maldives, Yémen). En 1986 le PNB par habitant a atteint 221 dollars en moyenne des PMA, 884 dollars en moyenne des autres pays en voie de développement et 11080 dollars dans les pays industrialisés. La

part des PMA dans les exportations mondiales est passée de 1,4% en 1960 à 0,3% en 1988. Leur production agricole a augmenté de 2% au lieu des 4% escomptés. L'aide publique au développement des PMA devait atteindre 0,15% du PNB des pays donateurs; elle s'est tassée à 0,09% (0,04% aux Etats-Unis, 0,07% au Japon). Les explications de cette déconvenue sont assez bien connues: chute des cours mondiaux des prix des matières premières, hausse des prix des produits importés, service de la dette insupportable, sous-estimation du développement rural de la part des gouvernements autochtones, atteintes aux droits de l'homme, etc. Les recettes qu'on peut en dégager semblent toutes aussi évidentes: priorité au développement rural et à la formation, augmentation de l'aide internationale, meilleure prise en compte des besoins du pays à aider au lieu des intérêts du pays donateur. Reste à voir si la presse établie nous informera du seul résultat de la conférence de Paris.

m.p./Croissance 329/1990

Crise du Golfe: Voix discordantes

La question palestinienne, depuis toujours, est une blessure pour les Arabes, une blessure douloureuse, lancinante, une blessure que nous comprenons. Sur ce sujet aussi le Conseil de Sécurité a voté des résolutions. Et nous devons avoir le courage de reconnaître que pour le moins la



communauté internationale n'a pas fait preuve d'une ardeur égale dans la poursuite de leur mise en oeuvre. Une remarque de même nature pourrait être faite concernant le Liban."

Michel ROCARD dans son discours à l'Assemblée Nationale le 28/8/1990

"Quel que soit l'habillement dont on se pare, l'invasion militaire d'un pays par un autre, dans le but de le rayer de la carte, est un acte de piraterie. La prise d'otages qui l'accompagne accentue encore ce caractère. La communauté internationale l'a compris ainsi. Elle a mis l'Irak au ban des nations. On peut néanmoins s'interroger sur son silence en d'autres occasions. Il n'est pas suffisant, pour expliquer de tels conflits, d'invoquer la folie impérialiste d'un leader religieux

ou d'un dictateur. Il y a autre chose à comprendre. L'enthousiasme populaire (...) à l'égard du président irakien et de son action doit faire réfléchir.

La paix ne va pas sans la justice. (...) Le poids du mépris et de l'humiliation, notamment l'humiliation de la misère sans issue, blesse la dignité et la fierté légitime des peuples du tiers-monde. (...) Il faut donc changer de voie et s'engager résolument dans une coopération généreuse, qui reconnaisse et respecte les droits des peuples, qui restitue la dignité bafouée et efface le désir de revanche dans les pays dominés. (...)"

Déclaration de Mgr. Jacques DELAPORTE, archevêque de Cambrai, président de la Commission française 'Justice et Paix'

Carte blanche aux deux Guy

Ab dieser Nummer findet der Leser eine neue Rubrik in "forum". Unter dem Titel "Vermessene Heimat" schreiben und zeichnen Guy Rewenig und Guy W. Stoos jeweils auf zwei Seiten Glossen zur luxemburgischen Provinzaktualität. Genau wie im "Gréngespoun", wo die beiden auch eine Seite gestalten, werden sie in "forum", unabhängig von der Redaktion und in eigener Verantwortung, die laufenden und kriechenden Ereignisse dieses unseres großen Herzogtums, unseres erzenen Bistums mit ihrer spitzen Feder kommentieren, karikieren, persiflieren, verwursten und verhackstücken. So wie der Dichter seine Gefühle in die Zwangsjacke des Reims hineinpreßt, so legen wir unseren beiden Künstlern den Zwang auf, das Geschehen einer Erscheinungsperiode auf zwei Seiten zu komprimieren. Außer dieser

Auflage haben die beiden freie Hand und für sie gilt natürlich, was für alle unsere Beiträge gilt: "Unterzeichnete Artikel drücken nicht unbedingt die Meinung der Redaktion aus."

"forum" hat beschlossen, diese Beiträge mit einem Honorar nach dem Tarif des "Lëtzebuerger Schrëftsteller Verbands" (LSV) zu bezahlen. Damit wollen wir ein doppeltes Zeichen setzen: ir wollen die Autoren in ihrem Kampf mit der etablierten Presse, die sich gegen diesen Tarif sträubt, unterstützen. Andererseits hat uns Staats- und Kulturminister Jacques Santer schriftlich zugesichert, daß die Kulturzeitschriften vom kommenden Budgetjahr an mit einer substantiellen Subsidienerhöhung rechnen dürfen. Davon sollen u. E. in erster Linie die Kulturproduzenten selbst profitieren.